

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“
Schiller-Platz gegenüber dem 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich



13 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugspreis für beide Ausgaben: VI. L. — monatlich, VI. S. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. Bei 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter. Zusätzliche Belegungen nehmen an jedem entgegen. In Wiesbaden die Jahressubskription 18. In den übrigen Städten in allen Teilen der Stadt. In Würzburg die dortigen Postämter und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Bezugspreis für die Feilte: 15 Btg. für deutsche Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Wirtschafts-Anzeiger“ in eubelnder Größe: 20 Btg. in denen abweichender Satzführung, sowie für alle übrigen deutschen Anzeigen: 30 Btg. für alle auswärtigen Anzeigen: 1 Btg. für solche in kleinerer Schrift. — Anzeigen, welche, halbe, viertel und sonstigen, durchlaufend, nach beiderseitiger Einigung, — bei wiederholter Aufnahme unterbreiteter Anzeigen in langen Zeilen denselben mit besonderer Rücksicht.

Abnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblattes: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Lützow 6202 u. 6203. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 24. Februar 1917. Morgen-Ausgabe. Nr. 100. • 65. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 23 Febr. (Eig. Drahtbericht, 3b.) Der gelinde Andrang, der heute im Reichstag herrschte, galt der großen Staatsrede des Reichsfinanzsekretärs. Es kam aber eine Verschiebung des Programms: die zweite und dritte Beratung des Gesetzes über Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht wuchs zu einer recht heftigen Erörterung parlamentarischer Befugnis, die Stellung der Oberkommandos zu den Befehlen nachzutragen und damit zu einer längeren Debatte aus, die dem spät erscheinenden Grafen Rüdern das Interesse vorwegnahm.

Es sind immer wieder gewisse bedenkliche Fälle der Schubhaftverhängung, die auch den bürgerlichen Parteien unzulässig erscheinen und die die Abgeordneten Gröber (Zentr.), Dove (Volksp.) und Dr. Nieker (nat.-lib.) Veranlassung gaben, mit größtem Nachdruck die Frage aufzuwerfen, welche Schritte gegen jene Oberkommandierende getan werden, die sich über das neue Schubhaftgesetz hinwegsetzen. Oberst Wisberg erklärte zwar, daß der Oberbefehlshaber dem Generalkommando entgegensteht, das anderer Ansicht war, aber die Form, in die er seine Ausführungen kleidete, genügt insbesondere den Abgeordneten Gröber und Dove nicht, die es unerhört nannten, daß überhaupt ein Untergebener anderer Ansicht wie sein Vorgesetzter über die Auslegung eines ganz klaren Gesetzes sein könne. Daß trotzdem die Vorlage fast einstimmig angenommen wurde, bewies, daß die deutsch-volkververtretung, die zuweilen ihre Rechte betont, weiteren militärischen Behörden das verdiente weitgehende Vertrauen doch nicht vorenthält.

Die erste Beratung des Haushaltsplanes, der Kriegsteuer und der 15-Milliarden-Kreditvorlage begleitete Graf Rüdern in seiner vornehmen, feierlichen Art mit einem politischen Beileitwort. Er zeigte, wie unser Friedensangebot zurückgewiesen wurde, wie wir friedlich niemals in West und Ost fremdes Gebiet besetzten und jetzt nach drei Fronten kämpfen und siegen müssen. Aus diesem wohlbekannten Bild stiegen dann die Kiefenziffern hervor, an die wir uns mehr und mehr gewöhnen haben. Daß bei den einzelnen Etats trotz Sparsamkeit Erhöhungen nicht zu vermeiden waren und daß die schmerzhafteste Bürde unserer Reichsschuld entstammt, erfuhr man schon aus den veröffentlichten Steuervorlagen und ihren Begründungen. Sehr ausführlich entwickelte Graf Rüdern die Kohlen-, Verkehrs- und Kriegsgewinnabgaben — es war ein Steuerbüffel von solchem Umfang, daß die Abgeordneten sich fast in die Bandelänge zurückzogen. Ein spärlich besetztes Haus hörte die trefflich ausgearbeitete Rede an, die Beifall verdient. Aus den Ausführungen des Reichsfinanzsekretärs verdienen im Anschluß an unsere schon sehr ausführlichen Darstellungen der neuen Steuervorlagen hervorgehoben zu werden, die Erklärungen, daß an ein Elektrizitätsmonopol vorläufig nicht gedacht wird, ferner, daß der Durchschnitt unserer monatlichen Kriegsausgaben sich in den Monaten Oktober bis Januar auf 2 Milliarden 275 Millionen erhöhte, wovon zweimal 250 Millionen als Sonderausgaben für die den Kommunen geleisteten Beihilfen für Familienunterstützung abgezogen sind. Die Kriegsausgaben der Erde haben im Vergleich schon 300 Milliarden überschritten, wovon auf uns und unsere Verbündeten nicht mehr als 100, auf die Entente aber über 200 Milliarden entfallen. Der warme Ausruf des Finanzsekretärs, die Neuforderung von 15 Milliarden Kriegskredit aufs kräftigste zu unterstützen, wurde mit lebhaftem Beifall fast des ganzen Hauses unterstrichen.

In der Debatte, die sich hierüber eröffnete, bekundete wieder der Redner der sozialdemokratischen Mehrheit, Abgeordneter Ebert, auf neue das vaterländische Verständnis für die dringenden Notwendigkeiten unserer Kriegführung. Unter lebhaftem Beifall erklärte er erneut die feste Entschlossenheit der deutschen Sozialdemokratie, auszuhalten bis zur Erreichung eines die Lebensinteressen des deutschen Volkes fördernden Friedens.

Abg. Ledebour (Soz. Arbeitsg.) hielt es für nötig, abermals seinen Landvolken mit internationalen Prinzipien zu schaden. Auch die Reichsregierung, so sagte er, fordere Gebietsvertrugungen in Ost und West. Er aber halte sich an den Grundfragen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Er forderte auch die Einstellung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges (1), da er ebensowenig den Geboten der Menschlichkeit entspreche wie der englische Hungererpressplan, fand aber dafür als Echo nur kirmisches Gelächter. Abgeordneter Dr.

Spahn hielt es gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Ebert für notwendig, zu erklären, daß man nach der höhnischen Zurückweisung unseres Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 nicht mehr daran festhalten dürfe, und daß der Vierbund auf keinen Fall genötigt ist, auf dieses Friedensangebot zurückzugreifen. Dieser Erklärung schloßen sich die Abgeordneten Graf Westarp (kons.) und an Stelle des erkrankten Führers der Nationalliberalen Bassermann Prinz Schoenaich-Carolath an. Abgeordneter v. Paner (Volksp.) nahm sich den internationalen Ledebour vor und rief: Wer den Frieden will, der muß jetzt die Mittel bewilligen, damit wir die Kämpfe, in denen wir stehen, siegreich beendigen. Er beklagte den Schaden, den Ledebour wiederum im Ausland antichtete, während im Inland selbstverständlich kaum jemand solche Utopien ernst nehmen könne. Nur in einem Punkt müsse er dem Minderheitsmann beistimmen, daß es ein Unrecht sei, mit der Fideikommissvorlage die politische Stimmung gestört zu haben.

Darauf wurde in der Gesamtabstimmung die Kreditvorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in zweiter und dritter Lesung unter Beifallklänge der Mehrheit angenommen.

Sitzungsbericht.

(Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.)

§ Berlin, 23. Februar.

Am Tische des Bundesrates: Dr. Helfferich, Dr. Bischoff, Graf Reeder.

Präsident Dr. Koempel eröffnet die Sitzung um 1.06 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Müller-Reilingen (Vpt.) fragt: Wegen fahrlässigen und unentschuldigten Irrtums begangener

Handlungen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgesetze ist eine Fülle von Bestrafungen erfolgt. Ist der Herr Reichsanwalt bereit, darüber Auskunft zu geben, ob und in welchem Umfang die Regierung die Einführung des Instituts der bedingten Verurteilung zunächst wenigstens für die Kriegsmohregeln beschleunigen will?

Direktor im Reichsjustizamt Dr. Felbrück: Die Frage der Einführung des Instituts der bedingten Verurteilung wird im Zusammenhang mit der allgemeinen Reform des Strafrechts gerührt werden. Die Maßnahme in gegenwärtiger Zeit sei es auch nur als Kriegsmohregel einzuführen, ist nicht in Aussicht genommen. Die wohlthätigen Wirkungen die man sich von dem Institut verspricht, werden in der Hauptsache schon jetzt im Verwaltungswege durch die bedingte Begnadigung erreicht. Eine Änderung des bestehenden Zustandes würde eine erhebliche Belastung der Gerichte mit sich bringen; die Gerichte wären genötigt, sich während der Kriegszeit in ein neues und schwieriges Rechtsinstitut einzuarbeiten. Eine solche Mehrbelastung, die durch dringende Gründe nicht geboten ist, läßt sich in der Jetztzeit nicht rechtfertigen. Dem Plan über die Nichterücksichtigung des Rechtsirrtums auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kriegsgesetze, der dem Herrn Abgeordneten den Anstoß zu der Anfrage gegeben hat, ist durch die Fortsetzung von Zweifelsfragen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen vom 18. Januar d. J. abgeholfen.

Abg. Stadthagen (E. A.-G.) fragt nach Maßnahmen zur Sicherung von Wahlversammlungen in geschlossenen Räumen.

Eine derartige Versammlung in Potsdam sei verboten worden.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Der Herr Reichsanwalt hatte bereits vor Eingang der Anfrage von anderer Seite Mitteilung über das Verbot von Versammlungen zum Zwecke der Reichstagswahl im Reichstagswahlkreis Spandau-Potsdam-Osthavelland erhalten. Er ist daraufhin mit dem Oberkommando in den Marken in Verbindung getreten.

Das Oberkommando hat Vorkehrungen getroffen, daß öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen im Sinne des § 17 des Wahlgesezes für den deutschen Reichstag für den

Betrieb der Wahl im Reichstagswahlkreis Spandau-Potsdam-Osthavelland

bis zur Beendigung der Wahlhandlung zugelassen werden unter der Voraussetzung, daß die Einberufer sich verpflichten, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in und nach den Versammlungen Sorge zu tragen, auch daß durch die Reden und die anschließende Erörterung der Bürgerfrieden nicht gefährdet und der Geist des entschlossenen Durchhaltens im deutschen Volke nicht beeinträchtigt wird. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Herzfeld (E. A.-G.): Der Oberkommandierende in den Marken hat unter dem 21. Januar 1916 eine geheime, nach in Kraft befindliche Anordnung erlassen, durch die er die stellvertretende Generalkommandos des Gardekorps in Berlin, das stellvertretende Generalkommando des dritten

Armeekorps in Berlin, die Kommandantur in Berlin, sämtliche Garnisonkommandos und das Bezirkskommando 4 sowie schließlich sämtliche Polizeiverwaltungen ermächtigt hat, die

Briefpost über politisch mißliebige Personen, auch über Abgeordnete,

zu verhängen, ihre Postfächer zu beschlagnahmen und sie durch das zuständige Postamt der politischen Polizei in Berlin o. z. zu händigen. Ist dies dem Herrn Reichsanwalt bekannt und was gedenkt er gegen diese Maßnahmen zu tun?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Es ist richtig, daß das Oberkommando in den Marken unter dem 21. Januar 1916 eine allgemeine Verfügung über die Befreiung der Briefpost erlassen hat. Diese regelt jedoch lediglich das Verfahren bezüglich der Verhängung der Briefpost, trifft aber nicht Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter denen diese anerkannt werden kann. Insbesondere erhält sie keine Ermächtigung, über politisch mißliebige Personen die Briefpost zu verhängen. Zur weiteren Beratung steht hierauf der

Gesekentwurf, betreffend die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht.

Abg. Stadthagen (E. A.-G.): Wir beantragen, die Zahl der geforderten Hilfsrichter in dem Gesetz selbst festzulegen und außerdem die Zeitdauer des Gesetzes zu bestimmen. Der Besetzungszustand mit der Schubhaft und der Beschränkung der Wahlversammlungen muß beseitigt werden. Der Oberkommandierende verlangt von der Wahlversammlung in Potsdam sogar, daß die Reden den Bürgerfrieden nicht gefährden und daß in ihnen zum unbedingten Durchhalten aufgefördert wird. (Hört! Hört!)

Abg. Landsberg (Soz.): Man sollte verlangen, daß das im Dezember d. J. verabschiedete Gesetz über die Zulassung von Bewerbern gegen die Schubhaft auch wirklich angewendet wird. Im elfen-berlinerischen Kreisbezirk sagt man dagegen, für diesen Bezirk gelte das Gesetz nicht. Wenn diese Auslegung mit gutem Glauben vertreten wird, so ist das ein unglaublicher Mangel an Intelligenz. (Sehr richtig!) Die Anordnung über die Potsdamer Wahlversammlung ist f. a. d. s. Der Antrag auf zahlenmäßige Festlegung der Hilfsrichter lehnen wir ab. Wir können die notwendige Zahl gar nicht bemessen. Auch die Bestimmung, wann das Gesetz außer Kraft zu setzen ist, ist nicht möglich. Auch die übrigen Anträge sind entbehrlich. Wir lehnen sie ab.

General Langemann v. Erlenkamp: Das Material, das notwendig ist zur Beurteilung der Forderung auf Herabsetzung der Mindeststrafen, ist eingegangen und geprüft worden. Ich hoffe, daß Sie schon in der nächsten Zeit Gelegenheit haben werden, sich mit diesen Ergebnissen hier zu befassen.

Abg. Dr. Nieker (nat.-lib.): Die Haltung des elfen-berlinerischen Kreiskommandos hinsichtlich des Schubhaftgesetzes ist völlig unrichtig. Die Anträge der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft lehnen wir ab.

Oberst v. Wisberg: Der Auffassung eines Generalkommandos über das Schubhaftgesetz ist der Oberbefehlshaber entgegengetreten und hat diese seine Auffassung den betreffenden Stellen mitgeteilt.

Abg. Dove (Vpt.): Wir begrüßen jeden Fortschritt. Bei dieser Gelegenheit aber sollte man von weitgehenden Forderungen Abstand nehmen.

Der Oberbefehlshaber sollte nicht mehr seine abweichenden Ansichten dem Generalkommando mitteilen, sondern jede abweichende Ansicht mit allen Mitteln verhindern.

Auch der Reichsanwalt sollte sich seiner Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Rechtszustandes auch den militärischen Stellen gegenüber voll bewußt sein.

Abg. Stadthagen (E. A.-G.) tritt nochmals für die Anträge seiner Fraktion ein.

Abg. Gröber (Zentr.): Das Schubhaftgesetz muß Anwendung finden auf alle, die sich in Schubhaft befinden und immer noch kein Recht haben. Was ist mit dem militärischen Befehlshaber geschehen, der gegen den kaiserlichen Befehl verstoßen hat?

Oberst v. Wisberg: Der betreffende Befehlshaber war der Ansicht, daß er im Operationsgebiet so zu handeln habe, wie er gethan hat. Ich habe angenommen, daß, wenn der Befehlshaber entgegengekehrte Ansichten der besten Stelle erhört, er dann auch unweigerlich folgt. Seine Rechte, die ihm verliehen sind, wird er voll und ganz wahren. (Nur he.)

Abg. Gröber (Zentr.): Wir verlangen, daß, wenn ein Befehlshaber einen Befehl erhält, er nicht seine entgegengekehrte Ansicht dem entgegensetzt, sondern daß der Befehl sofort vollzogen wird. Ich der Bundesrat hat das Gesetz mitgemacht, und der Kaiser hat es publiziert. Wir müssen verlangen, daß Gesetze befolgt werden, sonst ist unsere gesetzgeberische Bedeutung illusorisch. Wir haben das Recht, daß uns mindestens später mitgeteilt wird, was mit den Schubsträflingen geschehen ist, ob ihnen der Rechtsweg gesichert ist.

Wir wollen wissen, was mit einem Befehlshaber geschehen ist, der sich über kaiserliche Befehle hinwegsetzt. Das liegt im Reichsinteresse.

(Lewald)

Oberst v. Wrisberg. Meines Wissens hat der Oberbefehlshaber die Ansicht gehabt, bevor er die Richtlinien und Ansichten des Oberbefehlshabers gefasst hat. Darnach wird auch verfahren worden sein. Jedenfalls sind uns entgegen-gesetzte Vorurteile nicht bekannt geworden.

Abg. Graf v. Westarp (Lanf.): Der Reichstag hat keinen Anspruch darauf, zu erfahren, was mit einem Befehlshaber geschieht, der sich einem Befehl widersetzt. (Lachen und Unruhe links) Das ist Sache des Kaisers, und es unterliegt nicht der Kontrolle des Reichstags. (Unruhe.) Zum Kaiser können wir Vertrauen haben.

Abg. Ledebour (Sog.-Arbg.): Die Ausführungen des Grafen Westarp waren die Proklamierung des militärischen Absolutismus, der sich sogar hinwegsetzt über die Befehle, die vom Bundesrat und vom Kaiser beschlossen worden sind. Wir müssen darauf achten, ob unsere Befehle gewissenhaft ausgeführt werden.

Abg. Landberg (Sog.): Das Gesetz ist geschaffen worden zur Abstellung himmelschreiender Mißstände. Wir sollten die Wiederholung solcher das deutsche Ansehen schädigender Tatsachen verhindern. Da soll der Reichstag schweigen? In dieser Auffassung über Recht und Pflicht bestehen zwischen uns und dem Grafen Westarp Widersprüche, die ich mit Befriedigung feststelle.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Die Ausführung dieses Gesetzes ist Sache der Kommandogewalt. Bei Beratung des Schutzbefehlsgesetzes habe ich hier erklärt, daß das Gesetz loyal durchgeführt werden würde. Dafür steht der Reichstag ein. Die einzelnen Fälle müssen erst nachgeprüft werden. Aus der neuesten Zeit liegen Beschwerden nicht vor.

Es liegen keine Zeichen dafür vor, daß ein Befehlshaber gegen die Disziplin verstoßen hat. Das wäre im Frieden undenkbar und im Krieg erst recht.

Abg. Gröber (Zentr.): Und ist nicht ein derartiger Fall bekannt, sondern drei; in Regh, Strahburg und Saarbrücken. (Hört! Hört!) Der Befehlshaber hat das Gesetz verletzt, und das ist die Hauptsache. Im Militärstrafgesetzbuch sind Strafen für Ungehorsam vorgelesen. Wir ist ein Fall mitgeteilt worden, in dem sich ein Befehlshaber über das Gesetz hinweggesetzt hat mit den Worten: „Das Gesetz geht mich nichts an. Es bleibt bei meiner Befehlsbefugnis.“ (Hört! Hört!) Unsere Befehle dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sie müssen ausgeführt werden.

Oberst v. Wrisberg: Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einzelne Fälle zur Kenntnis bringen würden, dann können wir sie untersuchen.

Abg. Dr. Dove (Vp.): Staatssekretär Helfferich meint, daß die ganze Debatte auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei. Beim Militär ist es nicht Gepflogenheit, sich gegenständig zu überbürzen. Die Anordnungen müssen einfach befolgt werden.

In die Befugnisse der Obersten Exekution wollen wir nicht eingreifen. Aber das verlangen wir vom Reichskanzler, daß er dafür sorgt, daß das Gesetz ausgeführt wird.

Abg. Dr. Kießer (natl.): Das Gesetz ist eng genug geschaffen. Es sollte aufs genaueste befolgt werden. Und darum zu himmeln, ist nicht nur unser Recht, sondern sogar unsere Pflicht.

Wehe dem, der einem Befehl widerspricht. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht künftig und größere Garantien sichern müssen.

Abg. Ledebour (Sog.-Arbg.): Dem Wunsche des Obersten v. Wrisberg kann ich nicht entsprechen. Der Abg. Ledebour ist seit 8 Tagen in Schutzhaft und hat bis heute auf seine Beschwerde keine Antwort erhalten. (Hört! Hört!) Der Abg. Ledebour bestätigt dies. Der Verengerungsstand muß schleunigst beseitigt werden, sonst hören die Klagen nicht auf.

Oberst v. Wrisberg: Ich bin nur um Material, um Nachprüfungen anstellen zu können. Auf diese Sache kann ich jetzt nicht eingehen.

Abg. Gaus (Hf.): Auch jetzt wird dem Willen des Oberbefehlshabers noch nicht entsprochen. Redner trägt den Fall eines erläßlichen Beigeordneten vor, der sich trotz aller Beschwerden immer noch in Haft befindet, obgleich er zweimal

vom Kriegsgericht wegen Kriegsverrats freigesprochen sei. Der Befehlshaber erklärte einfach, die Haft sei auf Grund des Kriegsrechts verhängt worden.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird in zweiter Lesung unter Ablehnung der Änderungsanträge angenommen, ebenso nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Stabthagen auch in dritter Lesung.

Erste Beratung des Reichshaushalts-etats, der neuen Steuervorlagen und der neuen Kriegskredite.

Staatssekretär Graf Rödern:

Unser erstes Friedensangebot ist auf Ablehnung gestoßen. Die Vermittlungsaktion von neutraler Seite ist an dem Willen unserer Gegner gescheitert. Die englische Absperrung der deutschen und neutralen Küsten, die weder in ihren Mitteln noch in ihrer Ausdehnung auf Waren und neutrale Länder den bisherigen Gebräuchen des Völkerrechts entspricht, ist beantwortet worden durch eine tatsächliche Sperre mittels einer Waffe, die dieser Krieg erst herausgebildet hat und für die es deshalb geschriebene Normen des Völkerrechts noch nicht geben konnte.

Unsere Waffe ist die U-Bootwaffe!

(Beifall.) bei deren ganzer Natur die spezielle Warnung ebenso wie in dem von England geführten Minenkrieg ersetzt wird durch die generelle Warnung für bestimmte Seegebiete. Seit der regelmäßigen unbeschränkten Anwendung dieser Waffe haben sich die englischen Minister in besonders unfreundlichen Formen in den letzten Wochen immer wieder mit uns beschäftigt, allen voran mein Spezialkollege Bonar Law. Er war es, der uns vor kurzem seine Beschimpfung über den Kanal herüberrief, in der er die

Natur des Menschen der Natur des Deutschen gegenüber

im Spiegel erscheinen ließ, eine Beschimpfung, von der man mit Recht annehmen muß, daß sie die Deutschen als solche besonders stark empfinde. Ich will nicht dem englischen Schanzkammer in die Sinne der homerischen Helden folgen, die sich während des Kampfes Schimpfworte entgegenschrien. Sonst müßte ich mit scharfem Ausdruck für die von dem englischen Ministerium mitgeteilte, wenn nicht inspirierte Verantwortung der amerikanischen Friedensnote einen Vorwurf bewußter Unwahrheit aussprechen. (Zustimmung.) Ein Vorwurf, der auch für englische Ohren besonders empfindlich sein soll. Unsere Feinde sprechen in ihren Antworten von dem bewußten Angriffswillen Deutschlands und Österreich-Ungarns, der schon lange, also vor dem Krieg bestanden habe. Haben die englischen Minister vergessen, zu welchem Zweck sich Frankreich mit Rußland vor Jahrzehnten verbündet, und warum dadurch für Deutschland die für keine Nation bestehende Notwendigkeit einer Küstung nach zwei Fronten, gegen zwei Weltmächte, zu schaffen war. Haben wir in den 48 Jahren vor dem Krieg Absichten auf französisches oder russisches Gebiet gehabt? War es Österreich-Ungarn oder war es Italien, das seine Grenzen an der Adria verschoben wollte? Wer war es, der ohne indirekte, auch nur geographisch zu begründende Interessen Österreich-Ungarn in die Arme fiel, um es an der Südnähe des Nordes von Serajevo zu hindern? Wer war es, der in der dann entstehenden Spannung zuerst seine ganze Armee mobilisierte und damit unsere Grenzen und unser Wirtschaftsleben von Kattowitz bis Memel mit dem Schicksal bedrohte, das einem Teil Ostpreußens durch die Kysalen zuteil geworden ist? Ist es angeht die vorerwähnten Ausführungen unserer Gegner vielleicht unnützlich, immer wieder an diesen Sachverhalt zu erinnern?

Die Äußerungen der englischen Minister nötigen uns zu weiterem Ausdauern, sie härten unseren Willen zum Sieg und sie verpflichten uns, unsere Küstungen in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung läckenlos zu erhalten!

Mit dem Etat gehen Ihnen Steuervorlagen zu, die 1250 000 M. neue Steuern für das Jahr vorschlagen, bis wir eine weitere Kriegsgewinnsteuer vorlegen, neben denen die Bitte ein-

beraht, einen weiteren Kriegskredit in der noch nicht abgewiesenen Höhe von 15 Milliarden zu bewilligen. Der Staatssekretär geht auf die Bilanzierung des Etats näher ein, und auf seine Unterschiede gegen den vorjährigen und hebt besonders die Einstellung neuer Beamtenstellen bei den Betriebsverwaltungen der Eisenbahn und der Post hervor. Er verweist auf die beim Reichsanrat des Innern sich ergebenden erhöhten Leistungen auf Grund der Sicherungsgesetze, die vor allen Dingen sich auf der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre ergeben haben. Das veränderte neue Schombild erklärt sich hauptsächlich aus der Verzinsung der inzwischen bewilligten Kredite. Die Verzinsung sei, weil ausgenommen worden. Mit dem Betrag von 26 Milliarden wurde der ganze Gesamtzustand der bisher bewilligten Kriegskredite gedeckt. Noch weiteren detaillierten Ausführungen über die Staatsverwaltung bei dem Kapitel der allgemeinen Finanzverwaltung wurden nach verschiedenen Möglichkeiten der Bereinigung des Etats für später angedeutet.

Für die Deckung des Mehrbedarfs wären drei Wege denkbar gewesen: Aufnahme einer Defizitanleihe, Umstellung der laufenden Kriegsgewinnsteuer oder Einführung einer neuen Steuer. Nachdem der Staatssekretär die ersten Wege als nicht vereinbar mit der bisherigen soliden Finanzverwaltung bezeichnet hatte, ging er zu der Frage über, welche Steuer im gegenwärtigen Moment überhaupt nur in Betracht kommen könne und wie weit auf die Notwendigkeit hin, alle Steuern zuerst von dem Gehaltspunkt einer organisatorischen Einigkeit und von dem der Steuerform zu prüfen. Der Staatssekretär ging sodann zum Einkommensgesetz und zu dem Vorschlag zu dem bisherigen Kriegsgewinnsteuer über, stellte für später eine Neubildung der Kriegsgewinnsteuer in Aussicht und hob hervor, daß die Formulierung dieser erst nach den Erfahrungen der jetzt beginnenden Bemessungen erfolgen sollte. Das Einkommensgesetz sei dagegen mit der Rücksicht auf den Abbau des letzten Sperrjahres notwendig. Dieses Einkommensgesetz sehe eine Erhöhung der vorgeschriebenen Rücklage von 50 auf 60 Proz. vor. Es bringe aber in dem Einkommen noch kein neues Geld. Deshalb habe sich der Vorschlag zu der bisherigen Steuer als notwendig erwiesen.

Der Staatssekretär wies darauf die Wirkungen dieses Zuschlages auf die einzelnen Sätze nach und ging sodann zur Kohlensteuer über. Nach Besprechung der sonstigen Energiequellen sowie der Entwicklungsmöglichkeit der Kohle, die zum Teil technisch noch nicht abgeschlossen sei, kam der Staatssekretär zu dem Ergebnis, daß unter den Energiequellen für den steuerlichen Zugriff jetzt nur die Kohle in Betracht komme, die auch zahlenmäßig im Verhältnis zu anderen Energiequellen das größte Objekt darstelle.

Der Wert der gesamten in Deutschland geförderten und bisher eingeführten Kohlen wird in der Zeit vor dem Kriege auf etwa 2 1/2 Milliarden Mark zu schätzen sein.

Förderung und Einfuhr sind verhältnismäßig leicht überwacht. Bei der Förderung handelt es sich nur um wenige Unternehmer, die schon jetzt in bezug auf die Tonnenzahl der Förderung einer staatlichen Überwachung unterliegen. Sollte man sich im gegenwärtigen Augenblick zu einer Heranziehung der Steuen entscheiden, so wäre noch die Frage nach der Form zu beantworten. Eine Überführung der Bergbaubetriebe auf das Reich hat man dabei von vornherein als unmöglich abgewiesen. Auch die Befürworter eines Reichsbergbaukonzerns würden jetzt schon angeht die der dann zu benötigten Kapitalbeschaffung einen solchen Vorschlag nicht machen. In Frage hätte auch ein Großhandelsmonopol kommen können.

Der Staatssekretär geht sodann auf die Vergabungsfrage näher ein und führt fort: Zwei Gründe könnte ich für eine Heranziehung der Kohle als Steuerquelle anführen. Wir besitzen in unserer Volkswirtschaft auf unserer eigenen Achse und sind in normalen Zeiten durchaus in der Lage, den jeder Kohle auch dem Ausland abzugeben. Wir werten bei dieser Erwägung stellen um so eher einer Besteuerung im Inlande vorzuziehen können, als wir auch durch den Krieg hindurch, verglichen mit dem Ausland, die Preise verhältnismäßig niedrig gehalten haben. Eine Durchschnittsabgabe von 250 M. und 80 Pf. für Braunkohlen wird nicht zu hoch sein, was improzent in eine Wertsteuer etwa eine 20prozentige Wertpreise bedeutet.

Die Kohlensteuer bietet die Vorteile der einfachen Erhebung und Veranlagung. Dasselbe gilt von der Verbrauchssteuer.

Die großen Verkehrsinstitute, vor allem die Staatsbahnen, sind sich sicher klar darüber, daß bei der endgültigen Reform der Reichsfinanzen an ihnen nicht vorübergegangen werden kann. Sie werden auf der anderen Seite aus

(A. Fortsetzung.)

Die Tunnelbauer.

Roman von Otto Hasler.

„Du hast die Mannsleute ganz gern“, fuhr Wilson spöttisch lächelnd fort, „solange sie um dich herum-scharwenzeln und dir ein lustiges Leben bereiten können — aber um einen Mann Opfer bringen, sich in harter Tagesfron den Leib zerschinden und vor lauter Müdigkeit in der Nacht nicht schlafen können — das ist doch dein Geschmaek nicht. Aber da kommt Goliath schon!“ unterbrach er sich, als draußen derb an die Haustür geklopft wurde.

Er trat auf seine Tochter zu und sah sie beim Kinn.

„Nun sei vernünftig, Mädchen. Was Dir Fozzy von dir verlangt, ist kein gutes Recht, das zu gewähren du ihm schuldig bist. So ein Tanzabend wird nicht gleich das Leben kosten; sollte aber dein lieber Floyd die Tade voll kriegen, so gebe ich dazu freudig meinen Segen. Höh! Ja, ja, ich komme schon!“ rief er laut, als draußen das Bösen an der Tür sich wiederholte.

Gleich darauf kehrte er mit Dick Fozzy, der sich in seinem Sonntagstaat gar hübsch ausnahm, in das Zimmer zurück. Goliath sah besonders frisch und blühend aus. Selbst Kate Lou mußte sich einstecken, als sie ihn mit einem schon grünenden Blide sah, daß er womöglich noch schöner war als Floyd. Nur das Flackern in seinen Augen, von dem man nicht wußte, was es eigentlich ausdrücken sollte. Spott oder Heimliche, beunruhigte sie.

„Hallo, Kate Lou — Mädchen, das soll heute nacht ein Jubel werden! Heidi! Werden die Leute die Mäuler aufreißen!“ scherzte Goliath.

Er war auf sie zugeeilt und ohne daß sie zu widerstreben gewagt hätte, hatte er sie in die Arme genommen und stürmisch abgeküßt.

„Aber was sehe ich, du bist noch nicht angezogen und unten tanzen sie bereits — Was soll das heißen?“ verwunderte er sich, als er sie endlich wieder freigegeben hatte.

Das Mädchen stand mit gesenktem Haupte vor ihm, unfähig, den Blick zu seinem mit glühendem Verlangen auf sie gerichteten Augen zu erheben.

„Mir ist es gar nicht recht tanztustig zumute“, meinte sie ausweichend. „Ich weiß nicht, was mir in den Gliedern liegt — vermutlich ist es der plötzliche Witterungsumschlag.“

Sie war an das Fenster getreten, und wie sie hinauschaute, schrak sie vor einem besonders grellen Wetterleuchten zurück.

„Es wird ein Gewitter geben — da bleibt man lieber daheim.“

„Kind, wenn du lügen willst, fang es besser an“, unterbrach sie ihr Vater scharf. „Aus Donnereckern hast du dir nie etwas gemacht. Sie hat es mit der Angst zu tun“, wandte er sich erklärend an den beide mit unverhohlenem Mißtrauen betrachtenden Goliath. „Sie meint, es könnte zwischen euch und Floyd Custer zum Klappen kommen.“

Fozzy streckte sich wohlgefällig und ein grausames Lächeln umspielte seine Mundwinkel.

„Ich habe mich schon lange nach etwas Körperbewegung gesehnt“, verzerrte er leicht. „Wenn Floyd seine Knochen lieb sind, geht er mit aus dem Wege — aber das tut er ohnehin“, schloß er mit spöttischem Lachen.

„Nun, Kate Lou, mach voran!“ fenserte er mit schlecht verhehlter Ungeduld das noch immer unschlüssig dastehende Mädchen an. „Ich habe nicht umsonst nach deinem Kommando getanzt wie ein Tanzbär. Nun will ich auch süßen Lohn dafür haben. Soho, ich freuz mich schon jetzt auf die tollergroßen Augen des Grünen, wenn er uns beide zum Tanz antreten sieht und du

den ganzen Abend nicht aus meinen Armen kommt. Haha, allein der Gedank, dann ist schon Geld wert!“

„Gleich, mit einem Entschluß“, ringend, stand Kate Lou vor ihm. Dann hob sie bittend die Hände hoch.

„Ich sprach schon vorhin mit meinem Vater darüber“, begann sie leise. „Mit einem Worte, ich — ich werde die Empfindung nicht los, als — als hätte ich mich in meinen Empfindungen für Euch getäuscht. Um Mann und Weib zu werden, muß man einander doch lieb haben, nicht wahr?“

„Ach was, darum laß dir keine grauen Haare wachsen“, unterbrach Goliath sie übermütig, „soz sie trotz ihres Widerstrebens an sich und küßte sie wieder stürmisch. „Ich habe dich, das genügt mir vorläufig! Sei sicher“, setzte er hinzu, indem er seine Wangen dicht an die ihre drückte. „Ich lehre es dich, mich auch lieb zu haben. Sei nur erst mit mir im schönen Kalifornien mit seinem ewigen Frühling — Mädchen, unbändig glücklich sollst du werden! Was du dir wünscht, sollst du haben! Dort bin ich kein Steindriller, der tagtäglich sich im schmierigen Ölanzug abraufen muß — ein Mann von meinem Schlag und Witz kommt dort schnell hoch, zumal, wenn er Geld und Einfluß hinter sich hat. Und das haben wir ja jetzt. Du sollst dir die schönsten Kleider kaufen und gute Diamanten in den Ohren tragen. Übers Jahr fährst du im eigenen Auto und ich bin ein einflußreicher Politiker. Soho, ich weiß schon eine feine Gelegenheit für uns.“ Er bearauchte sich förmlich an seinen eigenen Worten.

„Dir zuliebe gehe ich auch wieder in den Kreisring. Deri mache ich Geld wie Heu — und du wirst meine vielbeneidete Frau sein. Was nur auf!“

Seine Glückwünsche nötigten ihr nur einen Seufzer ab. All diese Vorstellungen hatte sie tausendmal mit wachen Augen durchströmt. Aber der lebende Ruf, den sie dann immer empfunden hatte, blieb diesmal aus. Doch sie wagte keinen Widerspruch, denn ein Blick in die mit unbeschreiblichem Ausdruck auf

Verkauf von Blutwurst.

Der Verkauf wird fortgesetzt im städt. Laden **Nerostraße 21** für die Inhaber der Kriegsunterstützungs-Ausweisarten:

4601-4860 Samstag	2-3 Uhr,	5641-5900 Montag	2-3 Uhr,
4861-5120	3-4	5901-6180	3-4
5121-5380	4-5	6181-6440	4-5
5381-5640	5-6	6441-6700	5-6

Auf jede zum Haushalt gehörige Person entfällt $\frac{1}{4}$ Pfund. Preis 80 Pf. das Pfund. F 449

Wiesbaden, den 23. Februar 1917.

Der Magistrat.

Vorlegung der neuen Milchkarten durch die Lieferanten.

Nachdem die Ausgabe der neuen Milchkarten mit Samstag, den 24. ds. Mts. endgültig geschlossen sein wird, werden alle Lieferanten, die unmittelbar an Verbraucher geliefert haben, hiermit aufgefordert, die ihnen von den Verbrauchern übergebenen Karten zwecks Abhiempelung und Prüfung, **Mittwoch, den 28. Februar, oder Donnerstag, den 1. März**, auf dem städt. Milchamt (ehemaliges Museum, Wilhelmstraße 24/26, 1. Obergeschoß, Zimmer 25) abzugeben. Ueber die Beibehaltung oder Aenderung so nachgewiesener Rundschaft behält sich der Magistrat die Entscheidung vor. F 449

Wiesbaden, den 23. Februar 1917.

Der Magistrat.

Städtische höhere Knabenschulen.

Die Schüler der Klassen **UI-VI** versammeln sich **Montag, den 26.**, zur Entgegennahme von Mitteilungen im Schulgebäude am Zielerring, und zwar die der Oberrealschule um 8 $\frac{1}{2}$, die des Reform-Realgymnasiums um 11 Uhr. — Vorschüler brauchen nicht zu kommen.

Die Direktoren.

Parf-Hotel.

Das Konzert-Kaffee im 1. Stock ist an Wochentagen wieder regelmäßig geöffnet.

Elekt. Licht- und Kraft-Installationen

(Umwänderungen, Ergänzungen, Reparaturen)

— Klingel- u. sonstige Schwachstrom-Anlagen — werden sofort tadellos und billigst angefertigt

Elektrozitäts-Anlagen-Geschäft „Gebr. Kreber“
Telephon 633. Gneisenaustraße 3. Telephon 633.

Hotel zu pachten gesucht.

Sanatorienleiter, anerkannte Autorität, kapitalkräftig, sucht nur gut gelegenes und modern eingerichtetes Hotel von mindestens 50-60 Fremdenzimmern, möglichst mit großem Gartengrundstück, auf 5 resp. 10 Jahre zu pachten. Für den bisherigen sachmännlichen Leiter Gelegenheit zur weiteren Tätigkeit ohne oder mit Kapitalbeteiligung, letzteres aber nur auf des bisherigen Besitzers eigenen Wunsch. Strengste Verschwiegenheit zugesichert. Angebote unter **F. J. U. 582** an **Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.** F 119

Nur noch diese Woche!

werden die Restbestände des aufgegebenen **Stickeriegeschäfts** von **Lanngasse 11** in der Wohnung **Moritzstraße 37, Part.** billig verkauft.

Es sind noch vorrätig: sehr schöne vorgezeichnete Sandarbeiten, Stickerien, Roben, Valenciennes, Klöppel-Einsätze, moderne Kragen usw.

Kelsen,

Moritzstraße 37, Part., Ecke Goethestraße.

100 Arbeiterinnen

Zu gut bezahlte Akkord-Arbeit suchen wir noch circa 100 Arbeiterinnen, nicht unter 16 Jahren. Persönliche Vorstellung von 7-11 Uhr vormittags und 2-5 Uhr nachmittags im **Be. Meister-Büro.**

Arbeiter-Eisenbahn-Wochenscheine werden vergütet bis zu **M. 2.50**, mit Ausnahme von **Diedrich, Rombach** und **Weisenau.**

Werner & Merz, Mainz

Jugelheimer Aue, Fabrik-Eingang. F 28

VORNEHME DRUCKSACHEN FÜR HANDEL, INDUSTRIE UND GEWERBE NACH EIGENEN KÜNSTLERISCHEN ENTWÜRFEN



ELEGANTE DRUCKSACHEN FÜR FESTLICHE VERANSTALTUNGEN IM HAUSE, IN VEREINS- UND WOHLTÄTIGKEITSKREISEN

L. SCHELLENBERG'SCHE
HOFBUCHDRUCKEREI • WIESBADEN

Tages-Vorstellungen

Residenz-Theater.

Samstag, den 24. Februar.

Duwend- und Fünfszigerkarten gültig. Neubett!

Die Hausdame.

Lustspiel in 3 Aufzügen von **Eril Hestrup.**

Personen:

Dr. Anselm Peter Harding, Privatsekretär . . . Hans Fieser
Lundblad, Rechtsanwalt . . . Wilhelm Chandon
Bally Feumeyerster . . . Agnes Hammer
Van Liebetraut . . . Hans Albers
Lona Swanele, Sekretärin bei Harding . . . Wilma Epohr
Mathilde, Mädchen bei Harding . . . Minna Aste
Nach dem ersten Aufzug Pause.
Anfang 7 Uhr. Ende geg. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr.

ODEON

Lichtspiele

Kirchgasse 18.

Ab heute nur 3 Tage.

Allein-

Erstaufführung

des gewaltig fesselnden **Kriminal-Dramas**

Das Geheimnis der Loge

ein äußerst spannender **Kriminal-Roman** in 3 Akten.

Erich Kaiser-Titz u. **Lotte Erol**

in den Hauptrollen.

Einen geistvoll erdachten Stoff in einer Fülle fesselnder Bilder rollt dieser Film vor unsere Augen. — **Erich Kaiser-Titz**, der vielseitige große Künstler im Verein hervorragend. Partner geben ihre Rollen mit einer Echtheit, die den Zuschauer ins Mitleben versetzt.

Zaubertropfen.

Glänzendes Lustspiel.

4 Akte! 4 Akte!

„Oskar Linke“ und „Manny Ziemer“ in Hauptrollen.

Erstklassig. unt. haltungsreiches Beiprogramm.

U.T.

Lichtspiele

Rheinstr. 47

Dorrit Weixler!

der unvergeßliche Liebling der Kinofreunde, in dem großen Lustspiel

Ein verliebter Racker

in 4 Akten, sowie das vorzügliche Beiprogramm.

Thalia.

Vornehmstes u. größtes Lichtspielhaus
Kirchgasse 72. Tel. 6137.

Sonntag, den 24. bis 27. Februar:

Arme Eva-Maria!

Roman einer Prinzessin in 5 Akten.

In der Hauptrolle:

Mia Man

Ein wirklich packender Roman mit vielfältiger Schönheit, zumal **Mia Man**, die Darstellerin der Hauptrolle, ihre Aufgabe mit Anmut, Liebreiz und zwingender Gewalt des Ausdrucks zu lösen weiß. Neben der schönen **Mia Man** wirken erste Bühnenkräfte wie **Hans Wierendorff** und **Harry Liebke** mit.

In Vertretung!

Ein Filmherz von **Audolf del Zopp.**

Eine Winterwanderung im Allgäu.

Neueste **Siho-Woche**

u. a.:

Der verschärftste U-Boot-Krieg.
Erstkl. Künstler-Orchester.

Monopol-Lichtspiele

in der Hauptrolle: **Wilhelmstraße 8.**

Elite-Programm

Samstag, Sonntag, Montag!

Erst-

Aufführung!

Feen-hände

Gesellschaftsstück in 3 Akten nach **SCRIBE.**

Neuester Film Serie 1916/17

In der Hauptrolle:

!! Henny

Porten !!

die größte Kinokünstlerin. Ferner gutes, neues Programm.



Tamarastr. 1.

Asta Nielsen

als „moderner Lebemann“ in dem übermütigen Schwank

Das

Liebes A-B-C

Moderne Tänze.

Bettel-Prinzessin.

Ein Lebensschauspiel in 4 Abteilungen. In der Hauptrolle die hervorragende Künstlerin **Hedda Vernon.**

Um 3 und 4 $\frac{1}{2}$ Uhr: Infolge außerordentlich beifälliger Aufnahme! **Paul Weeners** neueste Meisterschöpfung:

Rübezahl's Hochzeit.

Ein Filmspiel in 5 Akten. In den Hauptrollen: **Rübezahl**, **Paul Wegener**, **Das Nixen** . . .

Lydia Salmonova, **Der Graf Arthur Ehrens**, z. Zt. am bies. Hoftheater
Vorzügliches Beiprogramm

Für unsere Jugend
genehmigt.

Vergnügungs-Palast

Lohheimer Straße 13 :: Geraral 610

Wieder-Eröffnung

Donnerstag, den 1. März, mit einem hervorragenden erstklassigen Spezialitäten-Programm.
u. a.:

Der

Präsidentkönig

welcher allabendlich die Zuschauer mit Verteilung von wertvollen Präsenten überrascht.

Hansi Immans

mit ihrem wunderbaren Dressur-Akt in 2 Abteilungen: a) Im wilden Westen. 1) Eine Kirchweih in Tirol.
15 Hunde 15.

Segali.

der berühmte Wandlungskünstler, usw. usw.

Trotz Kien'pfein keine Preis-erhöhung.
Die Direktion.